



# BürgerInnenbrief

27. Juni 2013

**DIE LINKE.** Fraktion in der  
Hamburgischen Bürgerschaft

100x BB +++ Altonaer Manifest +++ Für lebenswerten Wohnraum +++ Jahrhundertfehler +++ Flüchtlingsmoratorium

## Wir wünschen einen schönen Sommer!



... an der See oder... (Fotos: M. Joho)

Die Schulferien haben bereits begonnen, ein Teil der HamburgerInnen, mithin auch der Leserschaft, wird vielleicht schon in den verdienten Urlaub entschwunden sein. Wir haben uns vorgenommen, quasi als kleinen Feriengruß, noch eine Juni-Nummer zu erstellen, die eher kurz ausfällt, aber doch dem Umstand Rechnung trägt, dass den treuen AbonnentInnen und LeserInnen hiermit die 100. Ausgabe des BürgerInnenbriefes vorgelegt wird.

Gefeiert haben wir das Jubiläum im kleinen Kreis am 8. Juni, in angenehmer Spielplatz- und Parkatmosphäre und vor allem bei schönstem Sonnenschein. So sollte es auch in den

kommenden Wochen weiter gehen: gutes Wetter, Ruhe und Abstand, ein paar spannende Texte und gerne auch mal was anderes.

Für uns gehört zu dem »anderen«, sich einzustellen und vorzubereiten auf das, was gleich nach Ferienende dräut: die letzte Etappe bis zum Volksentscheid über die Rekommunalisierung der Stromnetze und zur Bundestagswahl, zwei wichtige politische Weichenstellungen, die auf den 22. September fallen.

Aber vorher melden wir uns natürlich noch!

Heike Sudmann und Tim Golke



Kraft tanken: in der Heide, ...

# 100 x BB

Von Michael Joho



BB-Beteiligte am 8.6. im Lohmühlenpark

Der vorliegende oder wohl besser: auf dem Bildschirm erscheinende »BürgerInnenbrief« (BB) ist die 100. Nummer, ein guter Anlass, nicht nur zu feiern, sondern kurz auch einmal zurückzuschauen.

Kaum war Joachim Bischoff als Kandidat des Wahlkreises Mitte in die Hamburgische Bürgerschaft gewählt worden, gab er im März 2008 die erste Ausgabe heraus. Seinem Mandat entsprechend, kam er als »BürgerInnenbrief Mitte« heraus, um darin »künftig über einige Aspekte des Parlamentsgeschehens und der politischen Auseinandersetzung im Bezirk Mitte sowie des Wahlkreises (zu) informieren« (BB 1, März 2008). Seinem langjährigen Wohnort, dem Stadtteil St. Georg, maß Joachim dabei gleich besondere Aufmerksamkeit bei, kam doch ein wahlpolitisches Interview der im Hauptbahnhof-Viertel publizierten »Blätter aus St. Georg« des Bürgervereins mit ihm zum Abdruck. Viele der BB-LeserInnen dürften jedoch vor allem Interesse an seinen Analysen der Wirtschafts-, Finanz- und Haushaltspolitik (gehabt) haben, an denen er bis heute weiterarbeitet und Artikel beiträgt. Beispielhaft sei nur der Leitartikel der 2. Nummer erwähnt: »Was kostet uns die Elbphilharmonie wirklich?« – ein Dauerthema, das Joachim regelmäßig aufs Korn nahm, nicht zuletzt als mehrjähriges Mitglied des Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) und vermutlich bester Kenner der Elphi-Aktenlage, der die ProtagonistInnen aus den anderen Parteien attackierte. Bald setzte auch die kritische Begleitung der Auseinandersetzungen und »Das politische Drama« (BB 13, vom 11.11.2008) um die HSH Nordbank ein, ebenfalls angereichert um die Konflikte im dazu neu gebildeten PUA.

Wichtig war ganz sicher auch die kontinuierliche Berichterstattung über die immer weiter aufgehende Arm-Reich-Schere und die Auswirkungen auf die Stadtteile (Gentrifizierung, Segregation usw.). Ein Schwerpunkt, der auch mir besonders am Herzen liegt, seitdem ich im Mai 2008 in die Redaktionsarbeit eingestiegen bin (siehe dazu: »Meine Wut

sitzt tief: Von der Umwandlung zur Verdrängung«, BB 4, vom 13.5.2008). Die SAGA GWG, den mangelnden sozialen Wohnungsbau und den Mietenwahnsinn haben wir frühzeitig aufs Korn genommen und auch die 2009 gegründete Rechtauf-Stadt-Bewegung kritisch begleitet.

Während die ersten BB-Ausgaben noch alle zwei bis vier Wochen verschickt wurden, sollte sich ab Dezember 2008 ein mehr oder weniger zweiwöchentlicher Erscheinungsrhythmus herauskristallisieren. Die Seitenzahl erweiterte sich von fünf auf regelmäßig acht bis elf Seiten, es gab halt immer mehr Themen, nicht zuletzt aus den verschiedenen Stadtteilen, insbesondere natürlich des Wahlkreises – Themen, die oftmals in Zusammenarbeit mit der Bezirksfraktion Mitte der LINKEN bearbeitet wurden. Erwähnt sei an dieser Stelle der »Dauerbrenner« der geplanten Doppelrennbahn in Horn, die bis heute glücklicherweise nicht realisiert wurde. Oder auch Hamburgs Erste Kommunale Litfaßsäule, die von Stadtteilgruppen nach längerem Hin und Her tatsächlich auf dem Carl-von-Ossietzky-Platz etabliert werden konnte. Oder das Thema Lehrschwimmbekken und die geradezu skandalös schlechte Schwimmbekkenbildung vor allem an den Schulen in benachteiligten Quartieren. Oder die Argumentation gegen die mittlerweile alljährlichen Tariferhöhungen beim HVV und die verkehrspolitischen Fehlplanungen im Hamburger Süden. Oder auch die Kommentierung der Entwicklungen in der SPD, CDU, GAL und hier und da auch der LINKEN selbst...

Schon mit der zweiten BB-Ausgabe setzte die »Tradition« ein, Beiträge von GastautorInnen aufzunehmen. So haben über die Jahre neben MitarbeiterInnen der Linksfraktion wie Antje Schellner, Manfred Steglich, Lukas Goetsche und Meinulf Krön folgende Personen ihre Einschätzungen zu ver-

**Michael Joho war bzw. ist wissenschaftlicher Referent von Joachim Bischoff, Heike Sudmann und Tim Golke.**

schiedenen Aspekten des gesellschaftlichen und politischen Geschehens im BB beigesteuert: Boris Palmer (Tübingens grüner Oberbürgermeister), Klaus Bullan (Hamburgs Ex-GEW-Vorsitzender), Manuel Humburg (Zukunft Elbinsel), Sabine Wils (Europaparlaments-Abgeordnete der LINKEN), Peter Heim (Bezirksfraktion Nord der LINKEN), Hans-Joachim Lenger (Professor für Philosophie), Ingo Böttcher (Initiative Hamburgs Wilder Osten), Arno Klönne (em. Professor für Soziologie), Bernhard Stietz-Leipnitz (Bezirksfraktion Mitte der LINKEN), René Senenko (Initiative Barrierefreiheit), Rudolf Sergel (Biologe), Markus Schneider-Johnen (Stadtteilgruppe St. Pauli der LINKEN), Renate Hercher-Reis (Bezirksfraktion Mitte der LINKEN), Gerd Siebecke und Bernhard Müller (VSA-Verlag), Uwe Böhm (Initiative Hallo Billstedt), Christine Wolfram (Basisgruppe Wilhelmsburg der LINKEN), Robert Jarowoy (Bezirksfraktion Altona der LINKEN), Klaus Stürmann (Stadtteilinitiative Münzviertel), Jörg von Prondzinski (Arbeitskreis Umstrukturierung Wilhelmsburg), Anke Mohnert (Leiterin der Einrichtung »Sperrgebiet«), Avanti Hamburg, Götz Trautmann (Filmvorführer in Cinemaxx-Kinos), Raul Zelik (Romanautor), Heinz-Michael Kittler (Fraktion DIE LINKE im Segeberger Kreistag), Sandra Clemens (Bezirksfraktion Mitte der LINKEN), Michael Roths Schuh (Zukunft Elbinsel), Marion Fisch (Stadtteilgruppe Hamm/Horn/Borgfelde der LINKEN), Frank Düchting (Evangelische Akademie Nordelbien), Andreas Pfadt (Stadtplaner, ASK), Hartmut Obens (Bezirksfraktion Eimsbüttel der LINKEN).

In den ersten Nummern noch sporadisch, bald aber regelmäßig zierte die letzte BB-Seite jeweils ein aktueller »Kultur-tipp«. Bemerkenswerterweise erfuhr gerade diese »Rubrik« immer wieder Zuspruch von LeserInnen, die in der Masse der Angebote in Hamburg nach einem kleinen politisch-his-

Liebe Linke und Engagierte!

Herzlichen Dank für den BürgerInnenbrief und die politische Arbeit darüber hinaus. Zwar gibt es quadratkilometerweise Infos zu googeln, aber die Selektion »anständiger«, gut recherchierter Infos ist sehr hilfreich. Hanne Hollstegge, am 8. Jun

torisch-kulturellen Höhepunkt Ausschau hielten. Des öfteren ging es dabei auch um die Hamburger Geschichte, um Persönlichkeiten, die Arbeiterbewegung und vor allem auch Facetten des Gedenkens an die Gräueltaten der Nazi-Zeit.

Mit dem 67. BB (26.4.2011) trat eine Veränderung dergestalt ein, als Heike Sudmann als frisch gebackene Abgeord-

Achtung! Es erfordert Mut, den BürgerInnenbrief zu lesen: Mut zur Lücke. Denn die Themen sind so vielseitig, die Infos so zahlreich und detailliert, dass ich mir nicht anders zu helfen weiß, als mich jeweils auf das zu beschränken, was gerade mein persönliches Interessenfeld besonders berührt. Damit fühle ich mich denn aber auch über die Hamburger Politik bestens informiert. Gabriele Koppel, am 10. Juni

nete der wieder in die Bürgerschaft gewählten Linksfraktion als Mitherausgeberin tätig und der »BürgerInnenbrief Mitte« daher in »BürgerInnenbrief« umbenannt wurde. Heike ist zuständig für die Stadtentwicklungs- und Verkehrspolitik, damit gab es seitdem vermehrt Berichte über verschiedene Aspekte der Hamburger Verkehrspolitik und z.B. das Senatsprojekt Neue Mitte Altona, bei dem Heike zusammen mit den Initiativen und der linken Bezirksfraktion für eine soziale Neubauplanung streitet. Aber auch die Bereiche Güterverkehr und Gigaliner, Obdachlosigkeit, Zomia-Bauwagen, Büro- und Wohnungsleerstand etc. traten dank ihres Engagements auf Bürgerschaftsebene und auf Veranstaltungen in den Stadtteilen stärker in den Vordergrund. Sichtbare – die einen erfreuende, die anderen ein wenig anstrengende – Auswirkung des Hinzutretens von Heike, aber vor allem auch eine Folge des eingeschränkten Erscheinungsrhythmus von nunmehr nur noch etwa alle vier Wochen, war der Umstand, dass der Umfang des BB weiter anwuchs. Von der 67. bis zur 82. Nummer lag die Seitenzahl jeweils zwischen 10 und 13.

Nachdem Joachim Bischoff krankheitsbedingt aus der Bürgerschaft ausgestiegen war und ab der 85. Nummer (19.1.2012) Tim Golke als sein Nachrücker als neuer Mitherausgeber in Erscheinung trat, sollte sich der BB nochmals erweitern, bis zum »Spitzenumfang« der Nummer 92 (26.9.2012) mit 18 Sei-



Jubiläumfeier im Café Oase, 8.6.2013 (M. Joho)

ten. Seitdem hatten wir uns in der Redaktion vorgenommen, die Zahl der Artikel und den Umfang wieder zu reduzieren, was aber bisher nicht wirklich gelungen ist. Mit Tim wurden vor allem arbeitsmarktpolitische Themen stärker berücksichtigt, kaum eine Nummer kommt seitdem ohne die Enthüllung neuester Skandale im Zusammenhang mit HartzIV, den Kosten der Unterkunft und dem Mindestlohn aus, dazu gibt es weiterhin viele Berichte aus dem Wahlkreis und vorrangig den Stadtteilen im Bezirk Mitte. Öfter Erwähnung fand nun auch der Komplex BürgerInnenbeteiligung, der sich exemplarisch im Karoiviertel (Rindermarkthalle) und in der Stadtteilbeiräte-Bewegung niederschlug.

Blättere ich die Ausgaben der vergangenen anderthalb Jahre durch, fallen Dokumente verschiedener Initiativen und Bündnisse ins Auge. Und auch die Veranstaltungstermine und sonstigen Tipps sind inzwischen enorm ausgeweitet worden. Eine Rubrik, die ebenfalls auf Anklang stößt, weil sie einen Überblick über das ermöglicht, was in Hamburg so anliegt und woher man Informationen zu den Bereichen Stadtentwicklungs-, Wohnungs-, Verkehrs-, Arbeitsmarkt- und

Bezirksfragen bekommt. Kein Wunder also, dass es (mir) schwer fällt, den BB-Umfang wieder zurückzufahren, es gibt schließlich soooo viel zu kommentieren... Ein Lied davon singen können vor allem auch Gerd Siebecke und Marion Fisch, die den BB durch ihren gestalterischen Einsatz (und mehr) überhaupt erst zu dem gemacht haben, als was er heute erscheint: ein gut gebildeter Rundbrief, der zumindest punktuell immer wieder zum Lesen einladen soll und hoffentlich öfter auch einlädt.

Die exakte Auszählung der ersten 99 Ausgaben des BürgerInnenbriefes ergab nach mehreren Versuchen (s. dazu den Beitrag von Gerd Siebecke) genau 999 Seiten, meines Erachtens ein Kompendium linker Positionen in den von Joachim, Heike und Tim vertretenen Schwerpunkten. Wer sich einen Eindruck verschaffen oder einfach die Politikentwicklung in den vergangenen fünfviertel Jahren nachvollziehen möchte, dem/der sei der Blick in diese 99 Nummern empfohlen. Sie finden sich im Netz unter [www.linksfraktion-hamburg.de](http://www.linksfraktion-hamburg.de), eingestellt bei den beiden amtierenden HerausgeberInnen Heike Sudmann und Tim Golke.

## BürgerInnenbrief und die Magie der Zahl(en)

Von Gerd Siebecke



Foto: Katharina Weise

Als bei der für den gelehrten Historiker Michael Joho unvermeidlichen Statistik der 99 auszuwertenden BürgerInnenbriefe die Gesamtzahl der Seiten zu ermitteln war, ergaben elektronische und »händische« Zählung zunächst unterschiedliche Werte. Sowohl die elektronische als auch die händische erwiesen sich beim ersten Mal gleichermaßen als unzuverlässig, sodass zwei weitere erfolgen mussten, um zu einem für die Geschichtswissenschaft belastbaren Ergebnis zu gelangen. Dies lautete: Die ersten 99 BürgerInnenbriefe, deren 100ster hiermit vorliegt, haben einen Umfang von exakt 999 Seiten, keine mehr und keine weniger. Als das Ergebnis unzweifelhaft feststand, entlud sich bei – das darf ich ohne Übertreibung sagen – dem Hauptautor und Historiker zugleich spontaner Unmut: »So'n Mist, wenn ich das gewusst hätte, hätte ich eine Seite mehr geschrieben!« Das mit der Seite mehr glaube ich gern, aber was die magische Zahl anbetrifft, muss ich widersprechen.

Besser gepasst hätte der Ausruf »Ach du grüne Neune!« 1.000 kann jeder, aber 99 Ausgaben mit 999 gut gefüllten und

informativen Seiten aus Stadt- und Stadtteilpolitik – das muss man erst mal hinkriegen! Es würde hier deutlich zu weit führen, den magischen und tiefen Symbolgehalt von Neunen in sportlicher, naturwissenschaftlicher oder kultureller Hinsicht einzeln darzulegen (Stichworte: Das leider für den HSV aktive Fußball-Idol Uwe Seeler trug die Rückennummer 9, von 1930 bis 2006 galt als sicher, dass das Sonnensystem neun Planeten hatte, die neun Sinfonien von Ludwig von Beethoven, Nenas 99 Luftballons und so weiter und so fort). Allein mit der Zahl 999 ist es etwas vertrackt, von ihr heißt es nur, sie sei eine satanische Ziffer, was uns eigentlich auch nicht schrecken muss. Und nehmen wir die französische Variante, klingt das deutlich angenehmer, wenngleich ebenfalls ein wenig bedrohlich: neuf cent quatre-vingt-dix-neuf.

Auch deshalb verbinde ich den Glückwunsch für das magische Ergebnis mit der Freude auf erst einmal 99 weitere BürgerInnenbriefe, mit wie vielen Seiten auch immer.

**Gerd Siebecke, VSA: Geschäftsführer und Gestalter des BürgerInnenbriefes 2008 bis 2011**

# Altonaer Manifest kritisiert die Stadtentwicklung



Foto: Ulrich Mertens, www.gleishaus.de

Etliche Initiativen, DIE LINKE und Einzelpersonlichkeiten hatten am 29. April in den Kollegienaal des Altonaer Rathauses eingeladen, um den vorgelegten Entwurf eines »Altonaer Manifests« zu beratschlagen und zu beschließen. Wegen seines grundsätzlichen Charakters und der auch für andere Bezirke und Stadtteile zutreffenden Aussagen nehmen wir ihn hier

komplett auf. Wir empfehlen auch einen Blick auf die Website <http://www.altonaer-manifest.de>, auf der beispielhaft neun »Tatorte« bezirklicher Fehlplanungen beschrieben werden, u.a. zu den Vorhaben Breite Straße, Mitte Altona, Cruise Center Altona und Bergspitze auf dem Goetheplatz.

## ALTONAER MANIFEST

### Präambel

Demokratie braucht engagierte Menschen. Wir haben uns eingebracht, mitgeredet und abgestimmt in Bezirksversammlungen oder in den von Politik und Verwaltung so aufwendig inszenierten Bürger-Beteiligungsverfahren. Die Menschen unseres Stadtteils können und wollen sich engagieren. Das belegen Orte wie z.B. das Museum oder der Grünzug Altona. Ohne den vehementen Einsatz unterschiedlicher Initiativen wären diese Orte nicht erhalten. Heute rühmen sich Politiker dafür. Wir haben uns kaum vorstellen können, in welchem Ausmaß Lügen und Falschinformation verbreitet werden und Politiker und Verwaltung ihre eigenen Gesetze missachten!

Politik und Verwaltung haben bei Fragen der Stadtentwicklung zahlreiche Möglichkeiten. Wir geben Politikern keinen Freibrief, nach der Wahl zu tun und zu lassen, was sie wollen.

### WIR FORDERN

- **Wohnen ist ein Grundrecht!**
  - Gleichberechtigter Zugang zu Wohnraum für alle
  - Die Miete darf nicht mehr als 20% des Haushaltseinkommens betragen
  - Mieteinnahmen aus kommunalem Wohnungsbau dürfen ausschließlich zu Instandhaltung und Neubau kommunaler Wohnungen verwendet werden
  - Leerstand beschlagnahmen und dem Wohnzweck zuführen
  - Lebensqualität durch Reduzierung von Emissionen (Lärm, Abgasen, Feinstaub etc.) verbessern
- **Förderung lokaler Ökonomie!**
  - Förderung der Vielfalt produzierenden Kleingewerbes und inhabergeführten Einzelhandels zur Sicherung des Alltagsbedarfs

- **Öffentliche Räume erhalten und erweitern!**

- Für den Erhalt und gegen die Privatisierung öffentlicher Flächen und Räume wie zum Beispiel Grün- und Kleingartenflächen, Sport- und Schulgelände
- Bundeswehr-Liegenschaften wie Kasernen für kommunalen Wohnungsbau, Bunker als Gewerbehöfe sowie soziale und kulturelle Einrichtungen nutzen

- **Öffentlichen Nahverkehr und Radwege ausbauen**

- Optimale Nahverkehrsanbindung der bevölkerungsreichen Stadtteile Osdorf und Lurup
- Erhalt des Altonaer Regional- und Fernbahnhofes an seinem zentralen Standort
- Strukturelle Förderung des Fuß- und Radverkehrs
- Instandsetzung und Erweiterung des Radwegenetzes
- Kein Ausbau des motorisierten individuellen Verkehrs durch Ausbau von Straßen
- Förderung von autofreiem Wohnen

- **Gemeinwesen gemeinsam regeln**

- Transparenz bei Planungsvorhaben von Anfang an statt Ausschluss der Öffentlichkeit durch Vertraulichkeit
- Strikte Einhaltung des Planungs- und Baurechts
- Direkte Gestaltungsmacht für betroffene Menschen, die sich engagieren

- Öffentliches Klagerecht für alle (bei Verstoß gegen Planungs- und Baurecht)
- Keine Evokation von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden

Wir verstehen unter echter Bürgerbeteiligung nicht nur Information über bereits weitgehend beschlossene Vorhaben, sondern Mitgestaltung und Entscheidungsmacht für alle unmittelbar Betroffenen von Anfang an. Wir Altonaer brauchen und fordern Beteiligung der Menschen am demokratischen Prozess. Wir lassen uns nicht weiter unseres öffentlichen Eigentums und unserer Handlungsmöglichkeiten berauben. Eigentum verpflichtet. Wir sind dem öffentlichen Eigentum verpflichtet, das uns allen gehört. Es dürfen nicht ausschließlich diejenigen bestimmen, die sich mit ihrem Geld plus unseren Steuergeldern ihren privaten Besitz erhalten und mehren.

Damit wir in Zukunft wirklich Mitgestaltungsmacht haben, fordern wir bei Bürgerbegehren und -entscheiden die Stimmberechtigung ALLER hier im Stadtteil lebenden Menschen.

Wir fordern: Bürgerwillen soll verbindlich gemacht werden!

([http://robert-jarowoy.de/Altonaer\\_Manifest2013](http://robert-jarowoy.de/Altonaer_Manifest2013))

## Für ein Recht auf lebenswerten Wohnraum!

Von Marion Fisch, DIE LINKE Hamm/Horn/Borgfelde



H. Sudmann und J. Hanisch im LAB-Hamm (Foto: M. Fisch)

Wohnen als Daseinsvorsorge – so lautete das Thema der Veranstaltung mit Jochen Hanisch und Heike Sudmann am 6. Juni im Pavillon von Lange Aktiv Bleiben am Hammer Park – fast in Sichtweite der akut vom Abriss bedrohten Wohnanlage Am Elisabethgehölz. Jochen als Direktkandidat der LINKEN im Wahlkreis Hamburg Mitte und Heike als LINKE Bürgerschaftsabgeordnete und Sprecherin für Stadtentwicklung diskutierten dort, moderiert von Hannah Heyenn, mit gut zwei Dutzend Gästen über Alternativen zur Wohnungspolitik in Hamburg.

Jochen Hanisch bekräftigte eingangs DIE LINKE Grundforderung nach Wohnen als einem Gut, das jeder Mensch unabhängig von seinem Einkommen benötige und das ausreichend von der Politik bereitzustellen sei. Da der Sozialstaat seit 20 Jahren deutlich weniger Engagement zeige, günstigen Wohnraum zu schaffen, werde dieser vor allem für GeringverdienerInnen immer knapper. Stattdessen gebe der Staat viel Geld für die Förderung privaten Wohnungsbaus aus. Auch die Privatisierung kommunaler Wohnungsbestände – in der Größenordnung von etwa einer Million Wohnungen seit zehn

Jahren – habe dazu ihren Teil beigetragen. In Metropolen wie Hamburg sei das Ergebnis besonders drastisch zu spüren, insbesondere in Gestalt hoher Mietsteigerungen. Dabei könnten die Mietpreise mit preiswerten staatlichen Krediten für den Wohnungsbau deutlich verringert werden. Die Schuldenbremse aber verbiete den Kommunen, günstige Kommalkredite aufzulegen. Damit gelinge es nicht, wie es die LINKE seit Jahren fordert, Wohnungsbau als Teil der Daseinsvorsorge aus der Renditeorientierung zu befreien.

Heike Sudmann lieferte anschauliches Zahlenmaterial: 42% aller Haushalte in Hamburg hätten von ihren Einkommen her einen Anspruch auf geförderten Wohnraum, dieser könne aber mitnichten eingelöst werden. 2009 seien noch 45% der Wohnungen günstiger als 6 Euro/qm gewesen, dieser Anteil sei in nur zwei Jahren, bis 2011, deutlich gesunken: auf 32,7%. Gebraucht würden zudem viele kleine Wohnungen, die Durchschnittsgröße der neu gebauten Wohnungen sei aber 106 qm – fraglich, wer sich diese leisten könne. Die Initiative »Rettet Elisa« in Hamm sei auch deswegen mit ihrem Anliegen nicht allein, zahlreiche Gruppen wie z.B. in Berne und in der Hayn-/Hegestraße in Eppendorf engagieren sich für die Rettung von günstigen Wohnungen. Auch für die Wohnungsfrage sei es wichtig, die Steuergesetze zu ändern, um mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen.

Die lebhafteste Diskussion bezog sich, wie es buchstäblich nahelag, vor allem auf die Situation von »Elisa« und drehte sich um die Frage, die seit über einem Jahr die Bürgerinitiative bewegt: Was tun gegen einen verbohrten Vorstand – nämlich den der Genossenschaft (!) VHW –, der ausgerechnet diese für Hamm so charakteristische Wohnanlage unbedingt abreißen will? Bereits 70 MieterInnen sind ausgezogen, 50 noch aktiv – wie können sie gestärkt werden, vor allem seit die SPD den Verhandlungsprozess mit der VHW als »Erfolg« verkauft (<http://spd-hh-mitte.de/wp-content/uploads/2013/04/SPD-Hamburg-MitteInfo-Mai-2013.pdf>), praktisch den Abriss gutheißt und betont, es würden doch im Ergebnis günstige Neubauwohnungen geschaffen. Dass der ganze Prozess alles andere als »ökonomisch sinnvoll« ist – die jahrzehntelange Vernachlässigung der Anlage, um nunmehr eine Begründung für einen Abriss und Neubau unter Verwendung von Millionen Steuergeldern geliefert zu bekommen –, wurde von allen Beteiligten unterstrichen. Heike Sudmann riet dazu, weiter Druck auf die Politik, gerade auch die SPD, zu machen, damit diese wiederum auf die VHW Druck ausübt. Dabei, so Jochen Hanisch, müssten vor allem die ökonomischen Motive der VHW hinterfragt werden.

Was die Formen des Protests betrifft, für die Elisa sich schon weit über Hamm hinaus einen Namen gemacht hat (siehe auch [www.rettet-elisa.de](http://www.rettet-elisa.de)), so sollten laut Heike durchaus auch ungewöhnliche Aktionen in Betracht kommen, zumal es sich de facto um widerrechtlich leerstehende Wohnungen handele. Mitglieder der Initiative verwiesen zugleich darauf, dass für den Neubau zwei zusätzliche Vollgeschosse vorgesehen seien – die dazu notwendige Befreiung vom Bebauungsplan kann im Bauausschuss des Bezirks verweigert werden.



**Hamm braucht Elisa – Elisa braucht Hamm!**

*Öffentliche Daseinsvorsorge stärken:*

**Ein Recht auf lebenswerten Wohnraum!**

Veranstaltung mit unserem Bundestagskandidaten **Jochen Hanisch** und der Bürgerschaftsabgeordneten **Heike Sudmann**

**Do., 06.06.13 um 19:30 Uhr**  
**im LAB Hamm, Fahrenkamp 27**

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HAMBURG  
BEZIRK MITTE

Hingewiesen wurde auch auf die Bedeutung der Elisa-Aus-einandersetzung im Zusammenhang mit der Entwicklung des Stadtteils Hamm seit einigen Jahren. Was nicht wenige durchaus zu Recht als eine Belebung und größere Vielfalt feiern, bringt – zusammen mit der gesamtstädtischen Verknappung von Wohnraum – eben auch in diesem ehemals vergleichsweise günstigen Viertel eine erhebliche Verteuerung der Mieten mit sich. Hinzu kommen mehr Eigentumswohnungen – Aufwertung und Vertreibung von GeringverdienerInnen werden zum Alltag.

Was kann noch getan werden, um »Rettet Elisa« in ihrem kräftezehrenden Kampf zu unterstützen? Beistand durch den Mieterverein und durch anwaltliche Beratung hat sich die Initiative bereits gesichert. Denkbar ist eine größere Veranstaltung in Kooperation mit Recht auf Stadt und weiteren PartnerInnen. Auch ein Umzug durch den Stadtteil würde noch mehr BürgerInnen für »Rettet Elisa« interessieren. Und wenn für Elisa sogar der mehrspurige Verkehr durch Hamm ins Stocken geraten sollte, ist die Aufmerksamkeit sicher. Mit der Erinnerung an erfolgreiche Bewegungen wie in der Hafensstraße oder im Gängeviertel brachte Heike Sudmann an diesem Abend frischen »Westwind« nach Hamm. Auch auf Bürgerschaftsebene wird sich DIE LINKE weiterhin für Elisa ins Zeug legen und, wie Jochen Hanisch, von Beruf Stadtplaner, zusagte, die Systematik hinter absurden Formen der Stadtentwicklung und schlechter Planung aufgreifen – Hamburg hat dafür inzwischen leider mehr als genug Beispiele.

# Ein Jahrhundertfehler der Hamburger Politik

Von Joachim Bischoff



Das »Leuchtturmprojekt« (Foto M. Joho)

Hamburgs ehemaliger Erster Bürgermeister Henning Voscherau hat schwere Versäumnisse bei der Konzeption der HafenCity beklagt. Zwei Punkte machen dem SPD-Politiker zu schaffen:

1. Die Anbindung der HafenCity an die Innenstadt durch eine U-Bahn sei ein »Jahrhundertfehler«. Statt einer aufgeständerten Hochbahntrasse sei eine Untergrundbahn gebaut worden, was aus touristischer Sicht ein unglaublicher Verlust für die Stadt sei; überhaupt hält er die U4 in die HafenCity für »grundfalsch«.
2. Zugleich warnte der Altbürgermeister vor einem Kahlschlag in Hamburgs Kultur wegen der hohen Betriebskosten der Elbphilharmonie. Die Kulturszene rief er auf, sich im Kampf um mehr Geld zusammenzutun.

Dies ist nun eine typische Figur in der Politik: Der eigentliche Täter bei der massiven Fehlentwicklung in der Stadtgestaltung versucht, seinen gewiss nicht überzeugenden Nachfolgern die gesamte Verantwortung für den Jahrhundertfehler zuzuschieben. Unter Ausschluss der Öffentlichkeit wurde seit 1991 unter dem damaligen Bürgermeister Voscherau der Plan für die HafenCity entwickelt. Mit deren Realisierung wurde eine privatrechtliche Gesellschaft beauftragt, eine 100%ige Tochter der Freien und Hansestadt Hamburg, die gleichwohl wie ein Unternehmen agiert. Um die finanziellen Grundlagen für die Entwicklung zu schaffen, schuf der Senat auf gesetzlichem Wege 1997 das Sondervermögen »Stadt und Hafen«, in das die städtischen Grundstücke kostenfrei eingebracht wurden. Ein Großteil der öffentlichen Aufwendungen für die Entwicklung des Megaprojekts wird über die Kreditaufnahme dieses Sondervermögens zu kommunalkreditähnlichen Konditionen vorfinanziert. Diese Kredite sollen über die Ein-

nahmen aus Grundstücksverkäufen getilgt werden. Die Aufwendungen des Sondervermögens umfassen Betriebsverlagerungen, Flächenfreimachung, öffentlichen Hochwasserschutz, Hauptverkehrs- und Erschließungsstraßen, Brücken, Kaimauern, Promenaden, Parks, Planung sowie Kommunikation und Marketing.

Ende 2011 kam die absurde Rechnung auf den Tisch. Das Sondervermögen hatte zwischenzeitlich einen Schuldenberg von über 400 Mio. Euro aufgehäuft. Noch vor Abschluss des Projektes steht fest: Der öffentliche Haushalt musste eine Umschuldung zulasten der Steuerzahler vornehmen. Weitgehend unbemerkt von der Öffentlichkeit wurde mit dem Doppelhaushalt 2013/14 das von Voscherau angerichtete Desaster in einer ersten Stufe bereinigt: Dem Sondervermögen sind im Haushaltsjahr 2011 207 Mio. Euro und im Haushaltsjahr 2012 weitere 200 Mio. zugewiesen worden. Die Mittel wurden zur Entschuldung und auch zur Finanzierung der Verlängerung der U4 eingesetzt.

Warum muss denn die verkehrspolitisch völlig unsinnige U4 verlängert werden? Die im Masterplan vorgesehene Entwicklung der östlichen HafenCity steht seit geraumer Zeit vor einem Scherbenhaufen: Das als »Herzstück« des neuen Stadtteils geplante Areal mit Büros, Restaurants und Geschäften liegt weiter brach, obwohl seit 2010 hier das Leben toben sollte. Seit 2013 versucht die städtische HafenCity GmbH einen Neustart – und plant ein völlig neues Konzept mit neuer Architektur, neuen Nutzungen und einem zusätzlichen neuen Investor für den Einkaufsbereich. Ob daraus etwas wird, ist völlig offen.

Gleichwohl ist die U4 für die Beschönigung der Fehlinvestition besonders dringlich. Die Kalkulation der Verkaufs-



erlöse für dieses Gebiet beruht darauf, dass die infrastrukturelle Entwicklung den Zielen des Masterplans entspricht, insbesondere die U4 bis zu den Elbbrücken verlängert wird.

Würde diese Maßnahme nicht realisiert, käme es zu erheblichen Erlöseinbußen und in der Folge zu weiteren Schulden beim Sondervermögen »Stadt und Hafen«. Wegen dieses durch den Bau der U4-Verlängerung erzielten wirtschaftlichen Nutzens soll die Finanzierung durch das Sondervermögen erfolgen.

Voscherau hat den »Mist« angerichtet und beklagt jetzt eine städtebauliche Katastrophe: »Das finde ich nach wie vor grundfalsch (...) gesamtstädtisch ein Jahrhundert-Fehler.« Man hätte die U4 nach Ansicht des früheren Regierungschefs nicht an der Elbphilharmonie vorbei, sondern direkt in das zweite Obergeschoss führen sollen. »Dann kämen die Damen trockenen Fußes vom Bahnsteig auf der Rolltreppe zur Garderobe.« In der Tat: Mit einer solchen Lösung wäre der millionenschwere Schildbürgerstreich als Geschenk für die Hamburger Reichen deutlich sichtbar geworden.

Aber damit nicht genug: Zum Jahrhundertfehler gehören nicht nur die HafenCity und die U4, sondern auch die Elbphilharmonie. Nach dem letzten Stand der Dinge soll der Bau des Konzerthauses 789 Mio. Euro kosten, etwa zehnmal mehr als ganz am Anfang geplant. Außerdem gibt es weiterhin verdeckte Kosten, sodass letztlich wohl eine Milliarde Euro für das Luxusprojekt erreicht werden könnte, denn die Gesamtabrechnung erfolgt ja erst im Jahr 2016.

Unklar ist bislang weiterhin, wie hoch die Kosten für den Unterhalt und den Betrieb des Konzerthauses sein werden. Zum Politikstil in Hamburg gehört: Über diese praktische Seite ist kaum nachgedacht worden. Zu dem finanziellen Abenteuer des Baus zählt ein jährlicher Zuschussbedarf aus öffentlichen Mitteln von 3,2 Mio. Euro. Weitere 800.000 Euro soll die Stiftung Elbphilharmonie zuschießen. Aber diese Kalkulation ist längst überholt. Der Etat der Kulturbehörde liegt in diesem Jahr bei rund 252 Mio. Euro. Das sind etwa drei Prozent des Hamburger Gesamthaushalts. Voscherau fürchtet zu Recht, dass der jährliche Zuschussbedarf wesentlich höher ausfallen wird und dass angesichts klammer öffentlicher Kassen der Etat für bestehende Kultureinrichtungen gekürzt werden könnte, um den Betrieb der Elbphilharmonie zu ermöglichen. Voscherau unterstreicht, dass eine Finanzierung des Betriebes der Elbphilharmonie aus dem laufenden Kulturhaushalt nicht denkbar ist. Vielmehr müssten Betriebsausgaben für die Elbphilharmonie aus dem allgemeinen Betriebshaushalt bezahlt werden. Weil aber gleichzeitig die »Schuldenbremse« in den nächsten Jahren ihre Wirkung entfaltet, sollen letztlich die Beschäftigten mit geringeren Arbeitseinkommen und höheren Belastungen die Zeche für den »Jahrhundertfehler« zahlen. Weitere Kürzungen bei öffentlichen Leistungen, Personalabbau und geringere Einkommen für die im Öffentlichen Dienst Beschäftigten – das ist der Preis für diesen Jahrhundertfehler im Bereich der Stadtentwicklung.

## Veranstaltungs-Tipps und Hinweise

Nach jahrelangen Auseinandersetzungen um die **ESSO-Häuser auf St. Pauli** hat ein vom Bezirk Hamburg-Mitte in Auftrag gegebenes Gutachten angeblich ergeben, dass die Gebäude marode seien und abgerissen werden müssten. Doch statt die Eigentümerin, die Bayrische Hausbau, dafür zu belangen, dass sie offenbar über Jahre auch nur die nötigsten Instandhaltungsmaßnahmen ausgesessen hat, soll sie jetzt vom Bezirk damit »belohnt« werden, den Komplex abzureißen und neu zu bauen. Eine erste Reaktion der ESSO-Initiative zum Erhalt der Häuser findet sich hier: [http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm\\_15\\_06\\_13.htm](http://www.initiative-esso-haeuser.de/archive/pm_15_06_13.htm). In Kürze findet sich auf dieser Website auch eine umfassendere Bewertung des Gutachtens und ein Statement zum weiteren Vorgehen.



Anfang Juni hat die HASPA eine Studie unter der Überschrift **L(i)ebenswertes Hamburg. Wohnen heute und in Zukunft** herausgebracht. Das 24seitige Dokument ist prallvoll mit Daten zur Bevölkerungs-, Mieten- und Eigenheimentwicklung. So ergibt sich z.B., um nur einen Wert herauszugreifen, dass die Eigentumswohnungen in St. Pauli zwischen 2003 und 2013 jedes Jahr um durchschnittlich satte 7%, in Bahrenfeld immer noch um 4,4% pro Jahr gestiegen sind. Einzusehen ist es unter [http://www.haspa.de/contentblob/Haspa/Die Haspa/Presse/Studien\\_Umfragen/Hamburg\\_Studien/LiebenswertesHH\\_IV.pdf](http://www.haspa.de/contentblob/Haspa/Die%20Haspa/Presse/Studien_Umfragen/Hamburg_Studien/LiebenswertesHH_IV.pdf).

Einen schillernden Namen hat sich in den vergangenen Jahren **abgeordnetenwatch.de** gemacht. Über diese in allen Bundesländern – in Hamburg von Gregor Hackmack und Martin Reyher, auf Bundesebene koordiniert vom gemeinnützigen Verein Parlamentwatch e.V. – betriebene Institution können BürgerInnen Fragen an Abgeordnete stellen. Die jüngste Auswertung (Stand: 21.6.2013) hat ergeben, dass die Hamburger Bundestagsabgeordneten bemüht sind, auf die bei ihnen eingehenden Fragen auch tatsächlich zu reagieren. Von insgesamt 13 Hamburg BundesparlamentarierInnen bekamen 10 ein »sehr gut« (darunter Jan van Aken, DIE LINKE, der 2012/13 genau 46 von 51 Fragen = 90% beantwortet hatte), Manuel Sarrazin ein »gut« (86%), Krista Sager ein »befriedigend« (75%) und Hans-Ulrich Klose eine glatte »sechs« (von neun Fragen keine einzige beantwortet).

Ein höchst interessanter, vom Hamburger **Stadtsoziologen Thomas Pohl** 2011 in Dortmund gehaltener Vortrag unter dem Titel **Sozialräumliche Differenzierungen in Hamburg – Jüngere Entwicklungen und Perspektiven** findet sich im Netz unter <http://www.stadtzukunft.de/Praesentationen/31Treffen/Pohl.pdf>. Es geht dabei um das zunehmende Auseinanderdriften von armen und reichen Stadtteilen (Segregation) und die Auswirkungen auf einzelne Quartiere.

**Clips zur oder vielleicht besser gegen die Gentrifizierung** hat kürzlich der Hamburger Autor, Moderator und Recht-auf-Stadt-Aktivist Christoph Twickel zusammengestellt. Und hier der Link: <http://www.spiegel.de/kultur/musik/musikclips-gegen-gentrifizierung-a-888569.html>.

In der letzten Woche ist in verschiedenen Städten ein erster bundesweiter Aktionstag unter der Parole **»Keine Profite mit der Miete«** realisiert worden (<http://www.keineprofitemitdermiete.org>). Den Hamburger Beitrag – eine »Bustour zur Sonnenseite des Mietenwahnsinns« – kann man sich hier vergegenwärtigen: <http://mietenwahnsinn.rechtaufstadt.net/aktuell/aktion-bustour-zur-sonnenseite-des-mietenwahnsinns>.



Der Sommer ist angebrochen, d.h., dass auch die Rundgangssaison längst eröffnet ist. Wir lassen jetzt mal den Hinweis auf die igs und IBA sein, empfehlen aber stellvertretend auch für andere den kritischen Anbieter **Hamburg News**. Am **29. Juni** geht's z.B. in den **Wilhelmsburger Osten** (10.30 Uhr, S-Bahnhof Veddel, 9 Euro), am 30. Juni steht eine Fahrradfahrt durch Rothenburgsort und Um-

gebung an, am **5. Juli** wird die **Speicherstadt** erkundet, später St. Pauli, Harburg, die südliche Neustadt, das Kontorhausviertel usw. Alles unter <http://hamburg-news.org>.

Am **Dienstag, den 2. Juli**, wird eine neue Ausstellung zum **»Realisierungswettbewerb Süderelbebrücke Moorburg«** eröffnet. Der Bund, die Stadt Hamburg und die DEGES Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau GmbH präsentieren die Entwürfe der TeilnehmerInnen, die auf die europaweite Ausschreibung reagiert haben. Die Ausstellung wird an diesem 2. Juli um 13 Uhr im Harburger »Elbcampus« (Zum Handwerkszentrum 1, nahe dem S-/U-Bahnhof Harburg) eröffnet und ist dort noch bis zum 27. Juli zu sehen.

Einen **Rundgang** führt die **Basisorganisation St. Pauli der LINKEN** durch. Am **Mittwoch, den 19. Juli**, geht es – zusammen mit dem Bundestagskandidaten im Wahlkreis Mitte, Jochen Hanisch – vor allem um die geplanten oder zumindest diskutierten Großprojekte wie die Seilbahn und die Situation der ESSO-Häuser. Treffpunkt ist um 18.30 Uhr auf den Landungsbrücken (d.h. auf der Brücke zu den Fährlinien).

Die diesjährige **Sommerakademie von attac** findet in Hamburg vom **24. bis 28. Juli** auf dem Gelände der Stadtteilschule Bergedorf statt. In über 100 Veranstaltungen geht es schwerpunktmäßig um dies: »Die Macht der Märkte und die Ungleichverteilung nehmen immer weiter zu.« Internationales Publikum ist zugegen, ebenso eine ganze Reihe von KünstlerInnen wie Harry Rowohlt und Kai Degenhardt. Es gibt Hafenerundfahrten und Dünenexkursionen, Akrobatik, Tango und ein Sportprogramm. Alles zu finden unter <http://www.attac.de/index.php?id=12606>.



## Moratorium für Kriegsflüchtlinge!



Solidaritätsveranstaltung »Lampedusa in Hamburg«, 20.6.2013 im Politbüro (M. Joho)

In den vergangenen Wochen bewegte das Schicksal von 300 Kriegsflüchtlingen aus Libyen die Gemüter in Hamburg. Mehrere Kirchengemeinden gewähren Hilfe, in der St. Pauli-Kirche kann ein Teil von ihnen sogar nächtigen. Doch trotz der enormen Welle der Solidarität hält die SPD beinhart an der Abschiebung fest. Wir rufen daher dazu auf, die nachfolgende Petition zu unterzeichnen. Bisher haben das 2.219 Bür-

gerInnen getan, davon 1.664 aus Hamburg (Stand: 24.6.2013), doch nötig sind für diese Petition spätestens bis zum 8. Juli mindestens 2.000 Unterschriften. Online unterzeichnet werden kann unter: <http://www.openpetition.de/petition/online/aufschub-fuer-libyen-fluechtlinge-hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung-zulassen>.

### Aufschub für Libyen-Flüchtlinge – Hamburger Moratorium jetzt – SPD muss humanitäre Lösung zulassen

Bis zu 300 afrikanische Flüchtlinge aus Libyen sind seit Ende März obdachlos in Hamburg. Viele Menschen haben sich mit ihnen solidarisiert. Der Hamburger SPD-Senat will sie zurückschicken nach Italien, wo sie 2011 nach den Wirren des libyschen Bürgerkriegs offiziell eingereist waren.

GRÜNE und DIE LINKE haben heute einen Aufruf präsentiert, der ein Abschiebe-Moratorium fordert (siehe unten), um Zeit für die Suche nach einer Lösung zu gewinnen. Die Erklärung wurde schon von vielen Persönlichkeiten und gesellschaftlichen Gruppen unterzeichnet. Zu den Unterstützern gehören unter anderem Rocco Schamoni und Peter Lohmeyer, aber auch Kirchenvertreter, Bürgerinitiativen und Gewerkschaften. Der SPD-Senat wird darin aufgefordert, sich endlich für eine humanitäre Lösung zu öffnen und

gleichzeitig im Bund und auf EU-Ebene für eine Lösung aktiv zu werden.

Eine Millionenstadt wie Hamburg muss es hinbekommen, diesen Menschen wenigstens eine Notunterkunft anzubieten, ohne gleich ihre Daten für eine Abschiebung zu erfassen. Die Unterstützerinnen und Unterstützer des Aufrufs fordern außerdem die Überprüfung der Aufenthaltsperspektiven für die gesamte Gruppe und eine individuelle rechtliche Beratungsmöglichkeit. Unterzeichnen auch Sie diesen Aufruf!

Hintergrund-Infos zum Thema finden Sie hier: [www.gruene-fraktion-hamburg.de/innenpolitik-fluechtlinge/11-06-2013/hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung](http://www.gruene-fraktion-hamburg.de/innenpolitik-fluechtlinge/11-06-2013/hamburger-moratorium-jetzt-spd-muss-humanitaere-loesung)

Begründung:

### Hamburger Moratorium

In Hamburg lebt zurzeit eine Gruppe von Menschen, die vor dem Krieg in Libyen nach Italien geflüchtet waren. Sie nennen ihre Gruppe selbst »Lampedusa in Hamburg«. Italien erhielt von der EU finanzielle Mittel, um die kriegsbedingte Einreise von vielen tausend Menschen kurzfristig bewältigen zu können. Damit wurde unter anderem deren Unterbringung in »temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen« ermöglicht. Die Zahlungen der EU endeten Anfang 2013 und die »temporären Flüchtlingsaufnahmeeinrichtungen« wurden geschlossen. Betroffen waren 5.700 Personen, die berechtigt sind, sich in Italien aufzuhalten und dort zu arbeiten. Italien ist EU-Mitglied und damit haben die Menschen auch das Recht, sich in anderen Mitgliedstaaten der EU zu bewegen und so sind ca. 300 von ihnen zu uns gekommen.

Hamburg soll und will hier helfen:

Daher akzeptiert die Stadt die Anwesenheit der Gruppe, die sich selbst »Lampedusa in Hamburg« nennt, und gewährt ihr ein Bleiberecht im Rahmen eines »Hamburger Moratoriums« für mindestens sechs Monate.

Die Zeit des Moratoriums soll genutzt werden, um auf Ebene der Innenministerkonferenz die Situation vorzutragen und gemeinsam für alle Bundesländer eine Lösung zu erarbeiten, die der spezifischen Not- und Fluchtsituation der Gruppe angemessen Rechnung trägt und dabei die Ausgangssituation in Libyen mit berücksichtigt.

Auf EU-Ebene sollen Möglichkeiten beraten werden, um die Gleichbehandlungsrechte zu daueraufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen in Bezug auf den Ar-

beitsmarktzugang und die soziale Sicherung zu gewähren; Jedem Mitglied der Gruppe soll verbindlich die Möglichkeit einer unabhängigen und individuellen Verfahrensberatung eingeräumt werden.

Hamburger Moratorium ist eine Initiative von Bündnis 90/Die Grünen Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband Hamburg, und DIE LINKE Hamburg, Bürgerschaftsfraktion und Landesverband Hamburg.

Unterstützt von (u.a.): Fanny Dethloff, Flüchtlingsbeauftragte der Evangelisch-Lutherischen Kirche in Norddeutschland; Pastor Sieghard Wilm, St. Pauli Kirche; Pastor Martin Paulekuhn, St. Pauli Kirche; Peter Bremme, Fachbereichsleiter ver.di Hamburg; Rocko Schamoni, Schriftsteller, Musiker; Ted Gaier, Musiker, Theaterschaffender; Christoph Twickel, Autor, Journalist; Peter Lohmeyer, Schauspieler; Anne Harms, Leiterin von fluchtpunkt – Kirchliche Hilfsstelle für Flüchtlinge; FC St. Pauli Fanclub Sprecherrat; Michael Joho, Vorsitzender des Einwohnervereins St. Georg von 1987; Isabel Artus, Vorsitzende der DGB-Jugend Hamburg; Ünal Zeran, Rechtsanwalt; Jack Kurfess, Geschäftsführender Intendant Deutsches Schauspielhaus; Amelie Deuffhard, Intendantin der Internationalen Kulturfabrik Kampnagel; Ralf Henningsmeyer, Geschäftsführer GWA St. Pauli; Rebecca Lohse, stellv. Geschäftsführerin GWA St. Pauli; Hanna Christian, GWA St. Pauli; Anja Bensinger-Stolze und Fredrik Dehnerdt, GEW-Vorsitzende Hamburg; Kay Kraack, Pastor St. Georg.

**Im Namen aller Unterzeichner.**

Hamburg, 11.6.2013



Solidaritätszelt am Steindamm, 20.6.2013 (M. Joho)

## Kulturipp: Stadtentwicklung à la Schumacher



Alter Stadtplaner, junge Hamburger in der Jarrestadt (Foto: M. Joho)

Das Kunsthaus (Klosterwall 15) hat am 18. Juni eine Ausstellung des Fritz-Schumacher-Instituts eröffnet, die sicherlich für alle an der Stadtentwicklung interessierten Menschen Informationen, An- und Einsichten bereit hält. Es geht dabei um die »Reform der Großstadtkultur«, oder anders gesagt, um das Lebenswerk von Fritz Schumacher (1869-1947).

Zurückgegriffen wird auf einen Zeitraum, der vor etwa 100 Jahren seinen Anfang nahm. »Fritz Schumacher war einer der wichtigen Vordenker, Planer und Gestalter in dieser Zeit der Veränderungen«, so die Ausstellungsankündigung. »Fritz Schumacher hat Wege gefunden, die Großstadt des 19. und 20. Jahrhunderts durch Reformen im Städtebau und im Wohnungswesen oder durch seinen Einfluss auf die Reform des Schulwesens lebenswert und attraktiv zu gestalten. Seine Grundideen sind heute so aktuell und zukunftsweisend wie zu seinen Lebzeiten.«

Tatsächlich begegnen wir dem langjährigen Oberbaudirektor der Freien und Hansestadt Hamburg zwischen 1908/09 und 1933 noch heute auf Schritt und Tritt, sei es bei den backsteintypischen Schulgebäuden, bei den nach reformerischen Ideen gestalteten Quartieren der 1920er Jahre (wie z.B. Langenhorn, der Jarrestadt und des Dulsbergs) und dem

Stadtpark, auf dessen einhundertjähriges Bestehen wir 2014 zurückblicken können. Die Ausstellung präsentiert viele theoretische, schriftstellerische und künstlerischen Arbeiten sowie die Ergebnisse seines Wirkens als Architekt und Städtebauer. Sie ist geeignet, liest man in der Mitteilung des Kunsthauses weiter, »aus den Beispielen der Geschichte Erkenntnisse für die Debatte um die Zukunft Hamburgs zu gewinnen. Das heute oft vernachlässigte interdisziplinäre Zusammenwirken war ein wichtiger Aspekt in Schumachers Arbeiten. Besonders hervorgehoben hat er die Bedeutung der Einheit von sozialen und kulturellen Anstrengungen beim Umbau der Stadt. Seine Ideen und Arbeitsergebnisse haben bis heute hohe Akzeptanz. Sie tragen zur Identifizierung und zum guten Ruf Hamburgs als einer besonders lebenswerten Stadt bei. Die Ausstellung soll den Blick auf die Qualität des überlieferten baukulturellen Erbes lenken, das wir in Hamburg vorfinden, und die Anstrengungen für die Pflege und der Erhaltung dieser überlieferten Kulturleistungen fördern. Das gilt besonders für Schumachers Backsteinarchitektur.«

Die Ausstellung ist noch bis zum 15. September zu besichtigen. Die Öffnungszeiten sind dienstags bis sonntags jeweils von 11 bis 18 Uhr.

Mit diesem BürgerInnenbrief informieren wir regelmäßig über das Parlamentsgeschehen sowie die politischen Auseinandersetzungen in der Stadt, den Bezirken und zu unseren Arbeitsgebieten. Wenn Sie diesen BürgerInnenbrief per E-Mail beziehen oder nicht mehr erhalten möchten, schreiben Sie eine kurze Mail an: [heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de](mailto:heike.sudmann@linksfraktion-hamburg.de) oder [tim.golke@linksfraktion.de](mailto:tim.golke@linksfraktion.de). Und: Sprechen Sie uns an, wenn Sie unsere Arbeit als Abgeordnete in der Hamburgischen Bürgerschaft durch Kritik und nützliche Informationen begleiten wollen. Kontakt: Heike Sudmann, Abgeordnetenbüro Buceriusstr. 2, 20095 Hamburg; BürgerInnenbüro Tim Golke MdHB, Borgfelder Straße 83, 20537 Hamburg.